

02.2 Zukunft der Schule – Schulmodelle Oberstufe:

Forderung:

Das Jugendparlament SG AI AR lädt die Kantonsparlamente und Regierungen der Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden ein, die strikte Einteilung in die Modelle Sekundar- und Realschule aufzugeben. Des Weiteren soll in den Fächern Mathematik und Deutsch die Einteilung in Niveaustufen Pflicht sein, dass alle Schüler auf dem Level abgeholt und gefördert werden, auf dem sie stehen. Optional, je nach Kapazität des Schulträgers, kann die Niveaueinteilung auch in den weiteren Grundlagenfächern Französisch, Englisch, NT und RZG eingeführt werden. Dies fördert die bessere Durchlässigkeit unseres Bildungssystems.

Begründung:

Mit dieser Forderung unterstützt das Jugendparlament die im nVSG vorgesehene Organisationsform der kooperativen Schule mit Niveauunterricht. Die strikte Trennung in Sekundar- und Realschule führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler früh und oft endgültig einem Leistungsniveau zugewiesen werden, das ihrem tatsächlichen Potenzial nicht immer gerecht wird. Diese Einteilung erschwert den Wechsel zwischen den Zügen und vermindert die Durchlässigkeit des Bildungssystems.

Ein obligatorischer Niveauunterricht in Mathematik und Deutsch ermöglicht es, alle Schülerinnen und Schüler dort abzuholen, wo sie stehen, und sie gezielt zu fördern. Dies erhöht die Chancengerechtigkeit, ohne leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler zu benachteiligen. Gleichzeitig sollen die sehr unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt werden. Deshalb muss der Niveauunterricht nicht in allen Fächern angeboten werden. Die optionale Ausweitung auf weitere Grundlagenfächer gibt kleineren Schulträgern die Möglichkeit, das Modell schrittweise und ihren Kapazitäten entsprechend einzuführen.

Ziel ist es, junge Menschen selbstbestimmt und trotzdem begleitet durch ihre Schulzeit zu führen, sodass sie diese als selbstbewusste Persönlichkeiten abschliessen. Ein durchlässiges, individuell angepasstes Bildungssystem schafft dafür die beste Grundlage.

Entstehungsprozess:

Der Vorstand des Jugendparlaments hat die anstehende Totalrevision des St. Galler Volksschulgesetzes zum Anlass genommen, sich an der 53. Jugendsession mit dem Thema Bildung zu befassen. Der Workshop «Zukunft der Schule» mit rund 20 Teilnehmenden hat sich konkret zur Aufgabe gemacht, eine Stellungnahme zu den wichtigsten Themen des Entwurfs des neuen Volksschulgesetzes auszuarbeiten.

Zu diesem Zweck bereitete Ralph Gämperle, Pädagogischer Mitarbeiter im Amt für Volksschule des Kantons St. Gallen, einen Input sowie Materialien vor, die den Jugendlichen den Entstehungsprozess des nVSG aufzeigten und sie an die wichtigsten Änderungen heranführten. Ebenfalls anwesend war Ilias Paraskevopoulos, Leiter des Volksschulamts des Kantons Appenzell

Innerrhoden. Er beleuchtete in seinem Input die Megatrends im Bildungsbereich, auf die das nVSG Antworten finden muss, und zeigte die grössten Unterschiede zwischen dem St. Galler und dem Innerrhoder Bildungssystem auf. Mit diesen Inputs sollte den Teilnehmenden ermöglicht werden, sich ein Bild des aktuellen Systems zu machen und gleichzeitig eine Meinung zu möglichen Änderungen zu bilden.

Eines der Themen war die Aufhebung der strikten Leistungstrennung in Sekundar- und Realschule in der Oberstufe.

Im Plenum wurde ein Änderungsantrag eingereicht, der den Niveauunterricht in allen Fächern verpflichtend machen wollte. Dieser wurde jedoch mit der Begründung der schwierigen Umsetzbarkeit für kleine Schulträger abgelehnt.

Die finale Forderung wurde nach Bereinigung aller Änderungsanträge vom Plenum mit 32 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen angenommen. Damit erhielt das Jugendparlament den Auftrag, diese Forderung bei den Kantonen einzureichen.